

Dresdner Volkszeitung

Holzschnitt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Gebr. Anhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden.

Bezugspreis einschließlich Frachtlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgeschäfte
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachverlegung 10 Pf.

Nr. 236

Dresden, Sonnabend den 9. Oktober 1926

37. Jahrg.

Rüstet zur Abrechnung!

An die werktätige Bevölkerung Sachsens!

Ein Tag der Abrechnung naht! Am 31. Oktober wird der Sächsische Landtag neu gewählt! „Nie wieder Sowjetsachsen!“, das ist die Parole des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie. Die von den reaktionären Wehrverbänden geforderte Einheitsliste kam zwar nicht zustande, doch sind sich alle bürgerlichen Parteien einig in dem Bestreben, die bürgerlich-kapitalistische Massenherrschafft aufrechtzuerhalten und dem schrankenlosen Profitstreben des Unternehmertums zu dienen.

In einer Front mit den kapitalistischen Parteien stehen drei- und zwanzig ehemals sozialdemokratische Abgeordnete, die zu Helfershelfern der Reaktion geworden sind. Dieses Grüppchen zieht unter der falschen Flagge „Alte Sozialdemokratie Sachsens“ in den Wahlkampf. Die Dreiundzwanzig wollen ihr frevelhaftes Spiel mit den Interessen der Arbeiterschaft im neuen Landtag fortsetzen. Ihre Zersplitterungsarbeit ist ein Verbrechen am Proletariat!

Auf der anderen Seite empfehlen sich die Kommunisten als die einzig wahren Sachwalter der Arbeiterschaft. Durch heftige Parteikämpfe im Innern zermürbt, versuchen sie durch wüsten Geschimpf auf die Sozialdemokratie und mit Parolen, wie der Forderung nach einem Kongreß der Werktätigen und Einsetzung eines Landeserwerbslosenrates, über den Zerfall ihrer Partei hinwegzutäuschen. Die Kommunisten haben sich als ungeeignet zur Interessenvertretung der werktätigen Massen erwiesen!

Die Sozialdemokratie hat alle Kräfte eingesetzt, um volksfeindliche Anschläge abzuwehren und die geistige und wirtschaftliche Not der Massen zu lindern.

Die Sozialdemokratie kämpft

- für die Verständigung der Völker —
gegen Militarismus und Völkerverhetzung;
- für eine gerechte Steuerverteilung, die die notleidenden Massen entlastet und einen besseren Ausgleich der Steuern zwischen Reich, Ländern und Gemeinden schafft —
gegen die Steuerhau der Besitzenden;
- für die Beseitigung der Erwerbslosennot und des Wohnungs- elends durch Wohnungsbau, produktive Notstandsarbeiten und höhere Erwerbslosenunterstützung —
gegen Lohndruck, Arbeitszeitverlängerung und Abbau der sozialen Fürsorge;
- für ausreichende Unterstützung der Sozial- und Altersrentner —
gegen den Raub der Sparvermögen;
- für den freiheitlichen Ausbau der Schule, die Demokratisierung der Verwaltung, der Justiz, der Reichswehr und der Polizei —
gegen die Militarisierung Deutschlands, die Klassenjustiz, die Cliquen- und Wetterwirtschaft der Reaktion und die Herrschaft der akademischen Bier- und Blutsfamilien;
- für den Schutz der Republik und ihren sozialen und kulturellen Ausbau!

Mit niederträchtigen Mitteln hat die Reaktion den demokratischen und sozialen Ausbau Sachsens aufgehalten. Im Jahre 1923 riefen die Vertreter der Besitzenden nach der Reichsregierung. Die brutale Gewalt des Militarismus triumphierte über die Rechte des Volkes. Arbeiter wurden über den Haufen geschossen, Wehrlose mißhandelt. Aber das vergossene Arbeiterblut soll nicht vergeblich geflossen sein! Nicht vergessen werden dürfen Militärdiktatur und Hochverrat, durch die die Reaktion den Fortschritt in Sachsen verhinderte!

Nicht vergessen werden darf der Volksofferstand! General Müller forderte auf, zu spenden für die Aermsten der Armen. Das gesammelte Geld floß in die Taschen der reaktionären Wehrverbände, der Mörderclique der Schwarzen Reichswehr, der „nationalen“ Gerolde Weißner und Köppler, die es in Bordelle trugen! Noch heute sind die aus dem Volksoffer gestohlenen Gelder nicht zurückgezahlt.

Es gilt, für alle diese Schandtaten am 31. Oktober die Quittung auszustellen!

Die durch die Bajonette der Reichswehr erlangte Macht benutzten die bürgerlichen Parteien unter Mithilfe der Dreiundzwanzig, um die Interessen der Besitzenden wahrzunehmen und wichtige Errungenschaften des Volkes zu beseitigen. Die freie Gemeindeordnung wurde verschandelt, republikanische Beamte wurden abgebaut, reaktionäre eingesetzt, Justiz und Verwaltung wurden entdemokratisiert, und auch im Schulwesen gewann die Reaktion Schritt für Schritt an Boden. Nur durch den energischen Widerstand der Sozialdemokratie konnte ihr weiteres Vordringen verhindert werden.

Ob Sachsen weiterhin Probierländchen der Reaktion sein wird, hängt vom Ausgang des Landtagswahlkampfes ab. Ein Sieg der Sozialdemokratischen Partei in Sachsen ist zugleich auch ein Schlag gegen die Reaktion in ganz Deutschland! Schwere Gefahren drohen den werktätigen Massen durch die Vorherrschaft kapitalistischer Cliquen und die Macht der Großagrarien im Reiche. Die künftige Reichs- gesetzgebung aber wird dadurch beeinflusst, ob die Einzelländer fortschrittlich oder reaktionär regiert werden. Deshalb ist die Sozialdemokratie Sachsens im Landtagswahlkampf zugleich Vorposten im Kampfe um die freiheitliche Entwicklung in ganz Deutschland. Es gilt, mit Opfermut und begeistertster Hingabe alle Kräfte einzusetzen, um den 31. Oktober zu einem Siegestage des Sozialismus zu machen!

Es lebe der Sozialismus! Es lebe das sozialistische Sachsen!

Der Landesarbeitsausschuß der SPD. Sachsen.

Eine Wahlschiebung?

Bei der amtlichen Registrierung der im Landtag vertretenen Parteien auf den Wahlvorschlägen hat sich die Regierung bekanntlich unter einer beherrschenden Veranlassung gehalten, als sie das heimliche Verstecken, die NSD, an die erste und die größte Partei, die SPD, an die zweite Stelle gesetzt hat. Nachdem die Leipziger Volkszeitung gegen dieses „Schneidwerk der Manipulation“ bereits sehr energisch protestiert hat, hat jetzt die sozialdemokratische Landtagsfraktion im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Die Staatskanzlei hat unter dem 6. Oktober 1926 eine Verordnung des Gesamtministeriums veröffentlicht, wonach die Reihenfolge der Wahlvorschläge für die Landtagswahl in der Weise festgelegt werden soll, daß die „Alte Sozialdemokratische Partei“ an erster, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aber an vierter Stelle des Stimmzettels erscheint.“

Diese Voreinstellung auf dem amtlichen Stimmzettel soll sich ändern auf S. 38 der Landeswahlordnung vom 6. Oktober 1926, in dem es u. a. heißt:

Für die Nummernfolge der Wahlvorschläge gelten folgende Grundregeln: Die Wahlvorschläge der Parteien,

die im letzten Landtag durch Abgeordnete vertreten gewesen sind, werden zuerst aufgeführt in der Reihenfolge der Zahl der Abgeordneten.“

Offenbar schiebt das Gesamtministerium so, die „Alte Sozialdemokratische Partei“ ist im Landtag mit 23 Abgeordneten vertreten, demzufolge bekommt sie die Nummer 1. Demgegenüber muß aber betont werden, daß die 23 Abgeordneten nicht als Vertreter der „Alten Sozialdemokratischen Partei“ in den Landtag geschickt wurden, sondern daß sie aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angestrichelt sind und sich erst später als neue Partei konstituiert haben. Die sogenannte „Alte Sozialdemokratische Partei“ ist demzufolge eine neue Partei. Die 23 Abgeordneten vertreten keine Partei im Landtag, die auf Grund von Landtagswahlen im Parlament vertreten wird. Aus diesen Gründen ist die Placierung der NSD, an die erste Stelle des Stimmzettels in keiner Weise begründet. Die amtliche Verordnung stellt vielmehr in dieser Beziehung einen neuen Willkürakt dar, der auf Grund der augenblicklichen Machtposition der Regierung wahltechnischen Zwecken dienen soll und eine ungerechtfertigte Bevorzugung der sogenannten NSD, ist.

Der Landtag wolle daher beschließen:

Die Regierung zu ersuchen, im amtlichen Stimmzettel für die Landtagswahl des Freistaates Sachsen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands an die erste Stelle zu placieren.“

Dresden, am 7. Oktober 1926.

Arzt und 17 Genossen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Die Regierung hat hier ihre Macht in überlicher Weise mißbraucht. Es ist üblich, daß auf amtlichen Stimmzetteln, wenn nichts anderes bestimmt ist, die größte der vorhandenen Parteien an die erste Stelle gesetzt wird, und deswegen hätte der Sozialdemokratischen Partei der erste Platz gebührt, die bei den vorigen Wahlen von allen Parteien die größte Stimmenzahl aufgebracht hatte. Die sogenannte Alte Sozialdemokratische Partei, die die Regierung selbst an die erste Stelle setzte, war bei den vorigen Wahlen überhaupt nicht da. Daß sie überhaupt eine erhebliche Zahl von Anhängern im Lande hat, ist sehr stark zu bezweifeln. Wenn die Regierung trotzdem die Alte Sozialdemokratische Partei an die Spitze gestellt hat, so wird damit